

Appell linker Frauen zur Resolution der 3. Bundesfrauenkonferenz

Die 3. Bundesfrauenkonferenz (Oktober 2010 in Leipzig) hat sich mit einer Resolution an den Parteivorstand gewandt. Als aktive Frauen in der LINKEN auf unterschiedlichen Ebenen unterstützen wir insbesondere das in der Resolution genannte Ziel, mehr weibliche Mitglieder und mehr Wählerinnen zu gewinnen.

Zu der in der Resolution formulierten Kritik am Programmentwurf und der Forderung nach einer grundlegenden feministischen Überarbeitung schließen wir uns im Großen und Ganzen der Position von Kersten Artus vom 21. November 2010 an. Wir möchten dabei vor allem folgende Punkte herausstellen:

1. Wir sind grundsätzlich frauenpolitischen Erweiterungen und Ergänzungen für den Programmentwurf – etwa der vorgeschlagenen Streichung des § 218 StGB – aufgeschlossen und beteiligen uns gerne an der Ausarbeitung konkreter Änderungsvorschläge.

2. Da wir der Meinung sind, dass die Geschlechter- und die Klassenfrage eng miteinander verwoben ist, begrüßen wir die klaren Passagen zur Eigentumsfrage im Programmentwurf. Denn wenn es bei den herrschenden Besitzverhältnissen bleibt, lassen sich auch die patriarchalen Strukturen nicht dauerhaft grundlegend verändern.

3. Wir halten es für zentral, dass in unserem Parteiprogramm der Arbeitsbegriff in seiner politisch-ökonomischen Bedeutung dargestellt wird. Das ist aus unserer Sicht keine unzulässige Fixierung auf Erwerbsarbeit, sondern spiegelt die Rolle und der Ware Arbeitskraft in der kapitalistischen Produktion wider. Eine Erweiterung des Arbeitsbegriffs in dem Sinne, dass er beispielsweise auch das menschliche Miteinander und die Sorge für andere erfasst, halten wir nicht für zielführend, da es sich bei diesen Bereich gerade nicht um eine Warenbeziehung handeln sollte.

4. Wir sind der Auffassung, dass die im Programmentwurf aufgenommene Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich dazu geeignet ist, für alle die Perspektive eines selbstbestimmten Lebens mit ausreichend Zeit neben der Erwerbsarbeit für Familie bzw. der Sorge für andere Menschen, politischer Beteiligung und Muße zu öffnen. Eine Aufnahme der Vier-in-einem-Perspektive, unter dessen Begriff sich selbst innerhalb der Partei nur wenige etwas vorstellen können, würde das Parteiprogramm nicht verbessern.

5. Wir unterstützen gerade aus frauenpolitischer Perspektive zentrale soziale Forderungen, die Eingang in den Entwurf gefunden haben. Dazu gehören beispielsweise gleicher Lohn für gleiche Arbeit, die Abschaffung des Ehegattensplittings und der Kampf für eine ganztägige gebührenfreie Kinderbetreuung.

Unterzeichnende u. a.: KERSTEN ARTUS, MdHB, Hamburg; CHRISTINE BUCHHOLZ, MdB, gFPV, Hessen; KATHARINA DAHME, Mitglied im Landesvorstand Brandenburg; GABRIELE ENGELHARDT, Chemnitz, Sachsen; STEFANIE GRAF, PV, NRW; NICOLE GOHLKE, MdB, München, Bayern; LISA HOFMANN, Mitglied im Landesvorstand, Hessen; GERLINDE HOOGE, Mitglied im Kreisvorstand Frankfurt (Main), Hessen; GISELA KESSLER, Stellvertretende Vorsitzende des Ältestenrates, Fürth, Bayern; JUTTA KRELLMANN, MdB, Niedersachsen; ANNETTE LUDWIG, Kreisvorsitzende Frankfurt (Main), Hessen; SONJA STAACK, BV Friedrichshain-Kreuzberg, Berlin; FANNY ZEISE, Landessprecherin AG Betrieb & Gewerkschaft, Berlin; SABINE ZIMMERMANN, MdB, Sachsen